



INHALT Februar 2011

SEITE 1

25 JAHRE KUMPELVEREIN

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin und Bundesratspräsidentin Hannelore Kraft übernimmt die Schirmherrschaft über das Jubiläum „25 Jahre Kumpelverein“

SEITE 2

DORTMUNDER MANIFEST

Ein Bekenntnis zu unserer Stadt

ENDSTATION RECHTS

Internetportal der bayerischen SPD

WERTEKODEX

Initiative des Bundesligaver eins
Werder Bremen

SEITE 3

MUSLIMISCHES LEBEN IN NRW

Studie im Auftrag der Landesregierung

AKTIV GEGEN ANTI-MUSLIMISCHEN RASSISMUS

Flyer des Interkulturellen Rats

MEHRFACHDISKRIMINIERUNG

Studie der Europäischen Agentur für Grundrechte

SEITE 4

NEUE FÖRDERMITGLIEDER

FILM DES MONATS

Der rechte Weg?

IGB FORDERT SCHUTZ VON WANDERARBEITERN

25 JAHRE KUMPELVEREIN

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin und Bundesratspräsidentin

Hannelore Kraft übernimmt die Schirmherrschaft über das Jubiläum „25 Jahre Kumpelverein“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in diesem Jahr wird der Kumpelverein 25 Jahre alt. Das Ereignis ist Anlass Bilanz zu ziehen – auch mit Blick auf die Zukunft. Dieses Ereignis werden wir natürlich mit einer Jubiläumsveranstaltung im Herbst würdig feiern. Mit Freude kündigen wir an, dass es uns gelungen ist die nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin und Bundesratspräsidentin, Hannelore Kraft, als Schirmherrin des Jubiläums zu gewinnen. Aus diesem Anlass hat sie sich auch bereit erklärt uns ein Interview zu geben, den wir nachfolgend veröffentlichen.

Für den Vorstand

Giovanni Pollice

aktiv + gleichberechtigt: Frau Kraft, Sie haben die Schirmherrschaft über das Jubiläum zum 25. Jahrestag der Gründung des „Kumpelvereins“ übernommen. Was ist Ihnen daran wichtig?

Hannelore Kraft: Das Projekt „Mach meinen Kumpel nicht an“ kam vor 25 Jahren aus Frankreich nach Deutschland („Ne touche pas a mon pote“) und gehörte zu den ersten Projekten seiner Art, die sich direkt an die Jugendlichen wandten. Mir gefällt daran besonders, dass es im „Kumpelverein“ nicht darum geht, abstrakt über Integration zu reden, sondern die Jugendlichen in direkter Umgebung aktiv zu unterstützen, sich für sie einzusetzen und sie zu beschützen.

aktiv + gleichberechtigt: Die Gelbe Hand war von Anfang an das Symbol des Engagements gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Welche Bedeutung schreiben Sie nach 25 Jahren dem Tragen des Ansteckers der Gelben Hand zu?

Hannelore Kraft: Die Gelbe Hand ist ein Signal, mit dem man Flagge zeigt. Es symbolisiert aber auch die Zusammengehörigkeit untereinander und sagt: ‚Wir sind in unseren Protesten nicht allein, wir tragen uns gegenseitig‘. So ein Symbol wie die Gelbe Hand ist also bestens geeignet, die Jugendlichen in ihrem Engagement zu bestärken.

aktiv + gleichberechtigt: Sie sind als Ministerpräsidentin für den Zusammenhalt der Gesellschaft in NRW mitverantwortlich. Wie wichtig ist es in diesem Zusammenhang gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus vorzugehen?

Hannelore Kraft: Das ist mir sehr wichtig. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus dürfen nicht geduldet werden – nirgendwo. Der Staat ist, genauso wie jede Bürgerin und jeder Bürger, dazu aufgerufen einzuschreiten, wenn er Zeuge eines fremdenfeindlichen oder rassistischen Übergriffs wird. Mir kommt da auch der Satz von Willy Brandt in den Sinn: ‚Mehr Demokratie wagen‘. Darum geht es mir, ich will gleiche Rechte für alle Menschen und deshalb bin ich auch für das kommunale Ausländerwahlrecht für Bürger mit Migrationshintergrund, die dauerhaft in Deutschland leben.

aktiv + gleichberechtigt: Viele junge Menschen mit Migrationshintergrund übernehmen in NRW und Deutschland Verantwortung für die Gesellschaft und tragen zu ihrem wirtschaftlichen Erfolg bei. Viele junge Menschen mit Migrationshintergrund fühlen sich diskriminiert, ausgegrenzt und verlassen mittlerweile unser Land. Was können wir gemeinsam dagegen tun?

Hannelore Kraft: Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten große Fortschritte bei der Integration in Deutschland erreicht. Immer mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund machen eine gute Ausbildung, studieren oder sind schon beruflich erfolgreich. Diese Erfolge dürfen wir uns nicht kaputt reden lassen. Doch gleichzeitig können wir auch nicht die Augen davor verschließen, dass wir noch Herausforderungen auf beiden Seiten bewältigen müssen. Meine Devise ist: Mit Realismus und klarem Blick die Dinge anpacken. Dazu gehört, Diskriminierungen im Alltag zu beseitigen. Zum Beispiel darf die Herkunft oder der Name kein Hinderungsgrund bei



der Einstellung sein. Wenn wir auch in Zukunft erfolgreich sein wollen, brauchen wir mehr junge Menschen, die besser ausgebildet sind. Daher bedaure ich es, wenn gut ausgebildete Leute unser Land verlassen. Unser Ziel muss dann sein, dass sie den Kontakt nach Deutschland oder Nordrhein-Westfalen nicht abbrechen. Wenn sie ihre guten Beziehungen dann für eigene Projekte, Unternehmen – eben den Fortschritt vor Ort – nutzen, kommt das uns auch wieder zu Gute.

aktiv + gleichberechtigt: Was wünschen Sie dem Verein für seine zukünftige Arbeit?

Hannelore Kraft: Ich wünsche dem Verein und der Gelben Hand weiterhin seine jugendliche Kraft, sein großes Engagement und viele Menschen, die sich für die gemeinsame Arbeit einsetzen. Jeder in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und der ganzen Welt sollte wissen, dass man „seinen Kumpel nicht anmacht“. Dieses Projekt ist ebenso unverzichtbar im Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit wie andere Aktionen in Deutschland, wie zum Beispiel „Schule ohne Rassismus“ oder ähnliche Jugendprojekte.



DORTMUNDER MANIFEST

Ein Bekenntnis zu unserer Stadt

Dortmunder Manifest



Wir Bürgerinnen und Bürger lieben unsere Stadt

- Sie ist unsere große Heimat
- Wir sind stolz auf unsere Stadt
- Arbeit und Würde formten ihr Gesicht
- Wir sprechen einfach, aber wahr
- Wir mögen die Treue ihrer Menschen und ihre Rote Erde
- Wir bewahren ihr vielfältiges kulturelles Erbe
- Wir gehen den Menschen entgegen, die zu uns kommen
- Wir nehmen die Menschen an die Hand, uns verbindet Solidarität
- Dortmund kennt den Krieg – die Stadt musste ihn erleben
- Dortmund bleibt unsere Stadt, auch wenn die Rechtsradikalen sie begehren

Ende 2010 wurde das Dortmunder Manifest veröffentlicht, in dem sich 66 Bürgerinnen und Bürger der Stadt als Erstunterzeichner dafür einsetzen, dass Dortmund weiterhin vielfältig und welt-offen bleibt.

Im Dortmunder Manifest wird dessen Zielsetzung so beschrieben: „Unser Ziel ist, das Bekenntnis einer breiten Dortmunder Öffentlichkeit zu unserer Stadt und dafür einzutreten, dass rechter Populismus und Demagogie, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in unserer Stadt keinen Platz finden. Rechtsradikale und autonome Nationalisten haben unsere Stadt im Visier und begehren sie als ‚ihre Stadt‘. Die Stadtgesellschaft darf dies nicht zulassen.“

Die Initiative für das Manifest ging von dem Dortmunder Maler und Schriftsteller Walter Liggesmeyer und dem Vorsitzenden von Pro-Dortmund e.V., Georg Deventer, aus. Der Verein Pro-Dortmund wurde 2008 von Beschäftigten und Mitgliedern der Arbeiterwohl-fahrt (AWO) gegründet und setzt sich für ein friedliches Zusammenleben aller in Dortmund lebender Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Nation und ihrer religiösen Beziehung ein. Er ist also das Gegenteil rechtspopulistischer Organisationen wie Pro Köln oder Pro NRW.

„Dortmund muss eine Stadt der gesellschaftlichen Integration bleiben. Deshalb fordern wir alle Dortmunder/innen auf, gegen rechten Populismus, Demagogie, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Menschenfeindlichkeit und Rassismus einzutreten“, so Deventer und Liggesmeyer.

Die beiden Initiatoren haben der AWO ihre Idee vorgetragen und erhielten sofort Unterstützung. „Wir wollen, dass Dortmund weiterhin allen Menschen offen steht, die für Solidarität, demokratischen Umgang miteinander und Humanität eintreten“, kommentierte Gerda Kieninger, Vorsitzende der AWO Dortmund, den entsprechenden Beschluss des Vorstands.

Das Dortmunder Manifest wurde seit Mitte Dezember 2010 auf den 410 Lit-faßsäulen der Stadt plakatiert.

Die Liste der Erstunterzeichner reicht von Oberbürgermeister Ullrich Sierau über Bundes- und Landtagsabgeordnete bis zu Gewerkschaftern und Unternehmern. Mit dabei sind schließlich auch Schauspieler, Musiker und auch Reinhard Rauball, Präsident des Fußball-Bundeligisten Borussia Dortmund und die Olympiasiegerin Annegret Richter.

Weitere Informationen finden sich auf der Internetseite :

www.dortmunder-manifest.de



ENDSTATION RECHTS

Internetportal der bayerischen SPD

Ende Januar hat die bayerische SPD das Internetportal Endstation Rechts- Bayern vorgestellt. In aktuellen Berichten und Nachrichten wird auf der Internetseite www.endstation-rechts-bayern.de über Ereignisse und Brennpunkte der Neonazi-Szene informiert, über handelnde Personen und Organisationen aufgeklärt, Hintergründe zu geplanten Aktionen geliefert und für rechte Alltagskulturen sensibilisiert.

„Nicht wegschauen, sondern hinsehen, erfahrbar und aufmerksam machen, ermutigen und ermahnen – das ist unser Ziel“, so Rüdiger Löster, Projektverantwortlicher für Endstation Rechts Bayern. „Unsere Seite dokumentiert, dass die Gefahr von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung real bleibt.“ Es gehe aber nicht allein darum, die Neonazi-Szene in Bayern zu beschreiben und auf Aktivitäten der Szene aufmerksam zu machen. „Wir wollen auch Strategien aufzeigen, wie man sich gegen Rechtsextremismus wehren kann.“ Erst dadurch werde das Projekt zu einem echten Beitrag für die Demokratie in Bayern.

Für Natascha Kohnen, Generalsekretärin der SPD in Bayern und Schirmherrin des Projektes, ist ein aktiver Kampf gegen Rechtsextremismus grundlegend für die Demokratie: „Die Demokratie ist

ein hohes Gut, das wir immer wieder neu verteidigen müssen.“

Bei der Vorstellung des Internetprojekts in München war auch der Holocaust-Überlebende Max Mannheimer anwesend. Er freue sich immer, wenn sich Menschen im Kampf gegen Rechtsextremismus engagieren. Vor allem jungen Menschen müssten die Gefahren, die von Rechtsextremisten ausgingen, immer wieder vor Augen geführt werden: „Die Jugend trägt zwar keine Verantwortung für die Vergangenheit, aber sie trägt Verantwortung für die Zukunft“, so Mannheimer.

Die Redaktion von Endstation Rechts besteht aus rund 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie setzt sich aus Mitgliedern der SPD und der Jusos sowie aus Nichtmitgliedern aus allen sieben Regierungsbezirken Bayerns zusammen. Ein Großteil der Redaktionsmitglieder ist zudem in Initiativen und Bündnissen gegen Rechts aktiv und bringt ihr Wissen und ihre Erfahrung in die Redaktion ein.

Ursprünglich gegründet in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen wurde das Projekt Endstation Rechts bundesweit bekannt durch das Modelabel „Storch Heinar“. Storch Heinar wird als satirische Auseinandersetzung mit der Bekleidungs-marke „Thor Steinar“ betrieben, die zum rechten Dress-Code zählt.

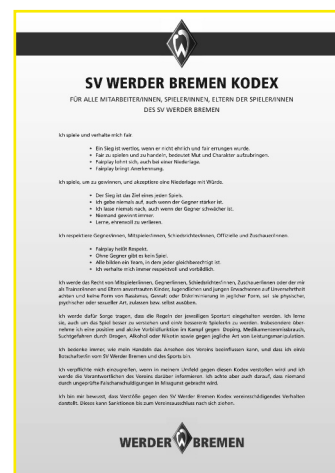
WERTEKODEX GEGEN DISKRIMINIERUNG

Initiative des Bundesligisten Werder Bremen

Es gibt eine Reihe von Initiativen gegen Rechts im Sport, die sozusagen ins laufende Geschäft integriert sind. Ein markantes Beispiel ist der Wertekodex des SV Werder Bremen, den alle Mitarbeiter, Spieler und Eltern von Spielern unterschreiben müssen. Darin heißt es unter anderem:

„Ich werde das Recht von Mitspieler/innen, Gegner/innen, Schiedsrichter/innen, Zuschauer/innen oder der mir als Trainer/innen und Eltern anvertrauten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf Unversehrtheit achten und keine Form von Rassismus, Gewalt oder Diskriminierung in jeglicher Form, sei sie physischer, psychischer oder sexueller Art, zulassen bzw. selbst ausüben.“

Ein Verstoß gegen den Kodex ist ver-einsschädigendes Verhalten und kann zum Vereinsausschluss führen.



MUSLIMISCHES LEBEN IN NRW

Studie im Auftrag der Landesregierung belegt Vielfalt

Zunächst gerufen als Arbeitskräfte, später als Flüchtlinge oder im Rahmen der Familienzusammenführung sind seit rund einem halben Jahrhundert Hunderttausende Muslime aus unterschiedlichen Ländern nach Deutschland eingewandert. Ihr Glaube war über lange Zeit nahezu unsichtbar. Ihre Gotteshäuser waren – und sind es zumeist immer noch – irgendwo außerhalb der Städte oder als Hinterhofmoscheen kaum im Blickfeld der Mehrheitsbevölkerung.

Diese Unsichtbarkeit ist auch ein Grund dafür, dass das Bild des Islam in der Öffentlichkeit eher diffus, zum Teil auch von Klischees verzerrt ist. Um gesammelte Mutmaßungen durch Fakten zu ersetzen, hat die Deutsche Islam Konfe-

renz im Sommer 2009 die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ veröffentlicht. Jetzt wurde im Auftrag der nordrhein-westfälischen Landesregierung vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine Sonderauswertung für NRW erarbeitet.

Der Minister für Arbeit, Integration und Soziales, Guntram Schneider, dazu: „Bundespräsident Wulff hat in seiner Rede vom 3. Oktober 2010 in erfreulicher Klarheit betont, dass Musliminnen und Muslime inzwischen nicht nur in Deutschland angekommen, sondern auch Teil dieser Gesellschaft sind. Umso wichtiger ist es, dass wir erstens zur Kenntnis nehmen, wie Muslime in Deutschland wirklich leben, und dass wir zweitens dafür sorgen, dass dieses Wis-

sen dann auch verbreitet wird. Mit der vorliegenden Studie werden darum zum ersten Mal Ergebnisse präsentiert, die die Vielfalt muslimischen Lebens in Nordrhein-Westfalen zeigen.“

Zwischen 1,3 Millionen und 1,5 Millionen Menschen muslimischen Glaubens leben in Nordrhein-Westfalen. Damit liegt der Anteil bei sieben bis acht Prozent, was etwas mehr ist als die Quote für Deutschland insgesamt von fünf Prozent. Etwa 46 Prozent der Muslime in NRW sind deutsche Staatsangehörige. Von den Glaubensrichtungen her bilden die Sunniten mit rund 80 Prozent die größte Gruppe. Die Aleviten machen rund zehn, die Schiiten rund sechs Prozent aus. Der Rest verteilt sich auf kleinere Gruppen.



Fast zwei Drittel der Muslime in NRW sind türkeistämmig. Zehn Prozent haben ihre Wurzeln in Südosteuropa und je neun Prozent im Nahen Osten und Nordafrika. Die restlichen rund sechs Prozent verteilen sich auf Südostasien, Iran, der Subsahara und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Die Studie kann im Internet auf der Seite des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales heruntergeladen werden:

www.mais.nrw.de

AKTIV GEGEN ANTIMUSLIMISCHEN RASSISMUS

Flyer des Interkulturellen Rats zu den Wochen gegen Rassismus

Nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Oktober 2010 (Die Mitte in der Krise) sind mehr als 58 Prozent der Bevölkerung in Deutschland der Auffassung, das Recht auf freie Religionsausübung sollte für Muslime erheblich eingeschränkt werden. Mehr als 55 Prozent können „es gut verstehen, dass manchen Leuten Araber unangenehm sind“. Für den Interkulturellen Rat (IR) war dies Anlass für die Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 14. bis 27. März

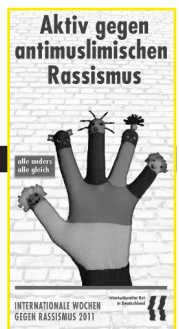
2011 einen Flyer zum Thema antimuslimischer Rassismus zu veröffentlichen. In einer Erklärung des IR heißt es: „Dieses gesellschaftliche Klima der Ausgrenzung hat vielfach Konsequenzen: Ausgrenzungen und Diskriminierungen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt; die Verweigerung von Dienstleistungen; Benachteiligung bei der Erbringung von Dienstleistungen und der Vergabe von Wohnraum sowie herablassendes oder beleidigendes Verhalten

in der Öffentlichkeit.“

Der Flyer bietet Informationen darüber, auf welchen Gebieten und in welcher Form sich Ausgrenzungen äußern. Und es wird dazu aufgerufen, antimuslimischen Rassismus etwa in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, aber auch in der Familie und im Freundeskreis zu thematisieren.

Dies sei umso nötiger als Parteien und rechtspopulistische Bewegungen mit Angst vor Muslimen für demokratie-

feindliche Zwecke zu mobilisieren versuchen.



Der Flyer „Aktiv gegen antimuslimischen Rassismus“ kann in begrenzter Anzahl kostenlos bei der Geschäftsstelle des Interkulturellen Rates bestellt werden.

Im Internet unter:

www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de

MEHRFACHDISKRIMINIERUNG

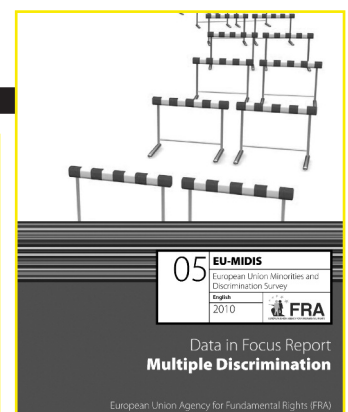
Studie der Europäischen Agentur für Grundrechte

Die Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) stellte im Februar 2011 in Wien eine Studie mit den Ergebnissen zur Problematik der Mehrfachdiskriminierung vor. Die Studie mit dem Titel „Data in Focus Report – Multiple Discrimination“ nutzt die Zahlen und Statistiken der EU-MIDIS Berichte der letzten Jahre. Es wurden pro Mitgliedstaat 500 bis 1500 Interviews mit standardisierten Fragen geführt, zusätzlich mindestens 500 Interviews für jede ethnische Minderheit, wobei in jedem Mitgliedstaat ein bis drei Minderheiten befragt wurden. Bei Mehrfachdiskriminierung handelt es sich, wie der Name schon verrät, um Diskriminierung aus mehr als einem Grund.

Morten Kjaerum, Direktor der FRA, stellt in diesem Zusammenhang fest: „Viele

Frauen und Männer in der Europäischen Union haben immer noch mit Diskriminierung zu kämpfen. Verweigert man beispielsweise einer Muslimin aus Nordafrika in einem Krankenhaus die Behandlung durch eine Ärztin, so stellt sich das Problem nicht allein deshalb, weil sie Muslimin oder weil sie eine Frau ist, sondern weil sie eine Frau muslimischen Glaubens ist. Die meisten Gerichte in Europa befassen sich pro Fall nur mit einem Diskriminierungsgrund. Für die Opfer von Mehrfachdiskriminierung ist es somit schwieriger, ihren Fall vor Gericht zu verhandeln. Mit der Einführung des Konzepts der Mehrfachdiskriminierung in die Gesetzgebung ließen sich auch das Gesetz und die komplexen Diskriminierungserfahrungen besser zueinander ins Verhältnis setzen.“

Dabei konnte einer von vier Befragten angeben, dass er aus mindestens zwei der folgenden Gründe diskriminiert wurde: Herkunft, Geschlecht, sexuelle Ausrichtung, Alter, Religion oder Behinderung. Damit leidet ein Viertel der Befragten unter Mehrfachdiskriminierung. Besonders betroffen sind besonders Migrantinnen und Migranten, deren Herkunft sichtbar von der der Aufnahmegesellschaft abweicht, beispielsweise Schwarzafrikaner und Roma. Die Diskriminierung von Migranten und Minderheiten auf Grund des Geschlechts ist bei Frauen doppelt so hoch wie bei Männern. Das heißt, Frauen sind allgemein doppelt so stark gefährdet mehrfach diskriminiert zu werden. Die Studie konnte auch einen Zusammenhang zwischen Diskriminierung und Wohlstand



ermitteln: 46 Prozent jener, die mehrfache Diskriminierung zu erleiden hatten, gehörten zur einkommensschwächsten Gruppe in ihrem Land.

Die Studie steht im Internet unter:

http://www.fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/EU_MIDIS_DiF5-multiple-discrimination_EN.pdf

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ hat neue Fördermitglieder. An dieser Stelle heißen wir sie herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

1. Klaus Brüske
IG BCE Stellvertretender
Bezirksleiter, Recklinghausen
2. Ulrich Gransee
IG BCE, DGB Gewerkschafts-
sekretär Bezirk Niedersachsen-
Bremen-Sachsen-Anhalt
3. Christian Hülsmeier
IG BCE Pressesprecher,
HV Hannover
4. Thomas Komann
ver.di, Krefeld
5. Ralf Rademacher
IG BCE Stellvertretender
Bezirksleiter, Hamburg
6. Dietmar Schäfers
IG BAU Stellvertretender
Bundesvorsitzender, Frankfurt
7. Frank Werth
IG BCE Stellvertretender
Bezirksleiter, Leverkusen

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 Euro im Jahr) als auch durch eine Spende. Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice
Vorstandsvorsitzender

FILM DES MONATS

Der rechte Weg?

„Der rechte Weg?“ ist der Titel eines Theaterstücks, das Jugendliche selbstständig erarbeitet und anschließend aufgeführt und verfilmt haben. Es zeigt die Geschichte des 16-jährigen Robert, der in eine rechtsextreme Kameradschaft gerät. Probleme in der Schule und zu Hause machen ihn empfänglich für die Parolen der Gruppe, die ideologisch von einem bieder auftretenden Rechtsanwalt gelenkt wird. Neben der DVD enthält die Arbeitsmappe Arbeitsblätter, mit denen der Film im Unterricht ab der achten Klasse eingesetzt werden kann, um die Problematik rechtsextremer Kameradschaften und dahinter stehende Ideologien zu behandeln, wobei auch Rassismus und autoritäres Denken in der Mitte der Bevölkerung problemati-

siert werden. Zentrale Begriffe wie Fremdenfeindlichkeit, völkischer Nationalismus, autoritäres Denken, Kameradschaft oder Rechtsextremismus werden mit Hilfe von konkreten Szenen aus dem Theaterstück anschaulich erläutert.

Kopiervorlagen enthalten außerdem zahlreiche Anregungsfragen zu den einzelnen Themengebieten, die beispielsweise auf die Äußerungen von Roberts Vater gegenüber „ausländischen Zeitarbeitern“ Bezug nehmen, auf dessen autoritären Erziehungsstil eingehen, auf die Gewalttaten rechtsextremer Jugendlicher und deren Geschlechterverständnis und vieles mehr. Zusätzlich enthalten ist eine Dokumentation des Lokalen Aktionsplans Bautzen, in dessen Rahmen das Stück entstanden ist.



Netzwerk für Kinder- und Jugendarbeit e. V. (Hrsg.)
Der rechte Weg?
Begleitmaterial für den Unterricht ab Klassenstufe 8
Spielfilm (Laufzeit 70 Minuten), Unterrichtsmaterial/ Arbeitshilfe DVD, Broschüre, Loseblattsammlung
Der Film kann über das DGB Bildungswerk ausgeliehen werden unter: www.migration-online.de/medienverleih

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Leo Monz, DGB Bildungswerk
Volker Roßocha, DGB
Bernd Vallentin, ver.di
Holger Vermeer, IG BAU

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

REDAKTION

Bernd Mansel
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

FOTOS

IG BCE Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/4080090-0

IGB FORDERT SCHUTZ VON WANDERARBEITERN

„Regelmäßig Ziel rassistischer und fremdenfeindlicher Angriffe“



Zum Internationalen Tag der Migranten am 18. Dezember hat der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) die Regierungen weltweit dazu aufgerufen, die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Wanderarbeitern und ihren Familienangehörigen zu ratifizieren. „Wanderarbeiter sind regelmäßig Ziel rassistischer und fremdenfeindlicher Angriffe in den Ländern, wo sie leben“ – so die Generalsekretärin des IGB, Sharan Burrow. „Die Regierungen der betroffenen Länder sollten das Problem angehen und Schutzmechanismen schaffen, um sicher zu stellen, dass die Rechte der Wanderarbeiter auf dem Territorium ihres Staatsgebiets

geachtet werden.“

Der IGB verurteilt in diesem Zusammenhang auch die Rolle von Arbeitsvermittlern und anderen betrügerischen Beschäftigungsagenturen. Diese arbeiten in einem rechtlichen Vakuum und die Regierungen der Herkunftsländer stellen sich diesen Praktiken gegenüber oft blind.

Der IGB fordert eine weltweite Regelung für Wanderarbeit, in der die fundamentalen Rechte der Wanderarbeiter implementiert sind. In diesem Rahmen muss es einen Dialog zwischen Herkunfts- und Zielländern geben, der dazu dient, die Rechte zu sichern. Von daher ist es von vitalem Interesse, die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Wanderarbeitern und ihren Familienangehörigen überall auf der Welt zu ratifizieren.

Der IGB hat 301 Mitgliedsorganisationen in 151 Ländern und Hoheitsgebieten und vertritt insgesamt 176 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Präsident ist der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.